

Niederschrift

über die 33. Sitzung des

Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München

vom 17. Februar 2016

(öffentlich)

Vorsitz

OB Reiter, i. V. StR Podiuk

Referentin

i. V. stellv. Referentin Charlier

ea. Stadtratsmitglieder

CSU:

Kainz, Kuffer, Podiuk, Sauerer, Stadler, Straßer,
Zöller;

SPD:

Amlong, Boesser, Kaplan, Messinger, Dr. Mittermaier,
Rieke, Vorländer;

Bündnis 90/Die Grünen/RL:

Bickelbacher, Danner, Hanusch, Koller, Demirell;

Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung:

Dr. Mattar;

Bürgerliche Mitte - FW/BP:

Altmann;

Ausschussgemeinschaft ÖDP/DIE LINKE.:

Wolf;

ALFA:

ferner

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung

Protokoll

Stenographischer Sitzungsdienst

StR Danner entgegnet, dass diese Grenzwerte und Vorsorgewerte keine gesundheitlichen Werte, sondern technisch ökonomisch begründete Werte darstellten. Die Entfernung der Wohnungen zur Starkstromleitung betrage nur 18 m. Zudem seien die Wohneinheiten mit ihren Gärten, Terrassen und Balkonen zu dieser Seite ausgerichtet. Er könne nicht verantworten, an dieser Stelle geförderten Wohnungsbau zu situieren.

StR Sauerer trägt vor, er unterstütze die Bemühungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL zu Punkt 5 des Änderungsantrages.

OB Reiter bewertet eine Verhandlung mit der Deutschen Bahn AG über eine unterirdische Verlegung der 110 kv-Leitung als nicht erfolgversprechend. Die Landeshauptstadt München könne jedoch unabhängig davon die Kindertagesstätte nach Westen verschieben.

Ziffer 4 des Änderungsantrages von Bündnis 90/Die Grünen/RL wird gegen die Stimmen der SPD **beschlossen**.

Ziffer 5 des Änderungsantrages von Bündnis 90/Die Grünen/RL wird **einstimmig beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der modifizierte Antrag der Referentin **einstimmig beschlossen**.

Infrastrukturprogramm München I:

Qualifizierte Infrastrukturuntersuchungen, Stadtratsantrag Nr. 1072 der CSU vom 22.05.2015

Infrastrukturprogramm München II:

Handlungsprogramm Infrastruktur, Stadtratsantrag Nr. 1073 der CSU vom 22.05.2015

Aktensammlung Seite 741

StR Kuffer spricht sich aufgrund des starken Wachstums in München für einen verstärkten Wohnungsbau aus. Damit müsse zwingend der Ausbau der Infrastruktur einhergehen. Für die Vorlage

bedankt er sich. Im Referat für Stadtplanung und Bauordnung gebe es zum Thema Infrastruktur eine große Datenvielfalt. Die Herausforderung liege darin, diese Daten so aufzubereiten, dass Aussagen für bestimmte Teilräume ermöglicht würden. Gewünscht werde eine übersichtliche, verdichtete Darstellung verschiedener Infrastrukturkriterien sowie valide Aussagen für kleinräumige Gebiete. Besonderes Augenmerk liege auf der Binneninfrastruktur.

Stadtrat Kuffer stellt einen gemeinsamen Änderungsantrag von CSU und SPD.

Er wünsche sich eine straffere Bearbeitung vor allem für die Stadtteile mit größerem Zuwachs, eine Priorisierung und die Zusammenfassung zu sinnvollen Gruppen.

StR Danner ruft in Erinnerung, die Verwaltung habe den in der letzten Sitzung eingebrachten Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen/RL weitgehend übernommen. Den gemeinsamen Änderungsantrag von CSU und SPD befürworte er. Er möchte jedoch wissen, welcher Personalbedarf durch diesen Änderungsantrag ausgelöst werde.

OB Reiter drückt seine Freude über die breite Zustimmung im Stadtrat zur Vorlage aus und stellt fest, dass die laufende Ausschusssitzung nicht der geeignet Ort sei, um über Personalmehrbedarfe zu sprechen. Der Oberbürgermeister verweist auf anstehende ausführliche Diskussionen zum Thema Personalbedarf im Stadtrat sowie im interfraktionellen Arbeitskreis. Der Aufwand für das Referat für Stadtplanung und Bauordnung sei unbestritten, allerdings kämen Synergieeffekte zum Tragen. Die Stadtbaurätin werde ggf. den Stadtrat mit einer Vorlage zum Thema Personalmehrbedarf befassen.

Der gemeinsame Änderungsantrag der CSU und SPD wird **einstimmig beschlossen**.

Temporäre Zulassung des Radverkehrs in der Münchner Fußgängerzone

Aktensammlung Seite 745

StR Bickelbacher bemerkt, die Initiative sei ursprünglich auf einen Antrag der FDP zurückgegangen und habe sich bewährt. Die Freigabe für den Radverkehr hätten 80 % der Fußgänger begrüßt.